

Eisenhower an Berlin

„Wir lassen uns nicht verdrängen“ — Gespräch mit Brandt

Washington/New York (dpa/ap). Präsident Eisenhower hat Berlins Regierendem Bürgermeister Brandt die feste Zusage gegeben, „daß die Vereinigten Staaten die Bevölkerung des freien Berlins gegen jeden Versuch verteidigen werden, ihre Freiheit zu zerstören. Keine wie immer geartete kommunistische Drohung“, fuhr der Präsident nach den Worten Brandts fort, „wird die USA von der Erfüllung ihrer Pflichten gegenüber der Bevölkerung Berlins abhalten. Die USA werden sich aus Berlin nicht verdrängen lassen.“ Das Gespräch dauerte eine halbe Stunde und verlief nach Mitteilung Brandts in einem außerordentlich freundschaftlichen Rahmen.

Unmittelbar nach der Unterredung im Weißen Haus flog Brandt im Flugzeug des Präsidenten nach New York zurück. Am Abend nahm er an einem Empfang teil, den ihm das „American Research Institute“ in Anwesenheit führender amerikanischer Geschäftsleute und Industrieller gab. In einer Ansprache von den etwa 2000 Zuhörern berichtete Brandt über sein Gespräch mit Eisenhower, das ihm die Sicherheit gebe, auf einer „Brücke des Vertrauens“ in seine Heimatstadt zurückzukehren. „Sie können sich darauf verlassen, daß der Brückenpfeiler in Berlin so fest verankert ist wie der andere auf amerikanischem Boden“, sagte Brandt.

Berlin gehöre, so versicherte der Bürgermeister weiter, „in Übereinstimmung mit dem Willen der Berliner und dem Wortlaut der deutschen Verfassung zur Bundesrepublik“. Nur mit Rücksicht auf das Viermächte-Übereinkommen hätten die Westmächte und die Bundesregierung die Diskussion um diese Frage nicht zugespitzt. Er selbst glaube, daß in dieser Frage „übergroße Vorsicht obwaltete“.

Danzig noch „idyllisch“

Im Zusammenhang mit den Schlagworten vom „entmilitarisierten Berlin“ und einer „Freien Stadt Westberlin“ vertrat Brandt die Ansicht, daß

Gespräche über einen Truppenabzug und eine militärisch verdünnte Zone nicht mit Berlin beginnen dürften, sondern mit

Attlee nach Berlin

Berlin (Eigenmeldung). Der frühere britische Premierminister, Sir Clement Attlee, der jetzt dem Oberhaus angehört, wird an den Feierlichkeiten am 12. Mai, dem 10. Jahrestag der Aufhebung der Blockade, teilnehmen. Von den drei Staatsmännern der USA, Großbritannien und Frankreichs, die während der Blockade an verantwortlicher Stelle standen, hat Attlee damit als erster die Einladung des Senats angenommen. Von den früheren amerikanischen Generalen haben Clay und Howley ebenfalls bereits ihre Teilnahme zugesagt.

Berlin enden müßten. Eine Entmilitarisierung Berlins bedeute eine Aufgabe der Position des Westens. Man dürfe auch die Erfahrungen mit der Freien Stadt Danzig nicht vergessen, deren Status kaum zum Weltfrieden beigetragen habe, obwohl er im Vergleich zu dem vorgeschlagenen Status für Westberlin „noch idyllisch“ gewesen sei.

Die Berliner würden es begrüßen, sagte Brandt weiter, wenn die Vereinten Nationen zusätzliche Garantien für Ber-

lin abgeben würden. „Aber wir wünschen keine Scheinlösung, auch keine getarnte Scheinlösung, die zu einer Einholung der amerikanischen Flagge in Berlin führt, während der sowjetische Stern das Gebiet um Berlin beherrscht.“

Abschließend dankte der Regierende Bürgermeister den amerikanischen Firmen für die nach Berlin gegebenen Aufträge, die eine große Hilfe seien, und teilte mit, daß die „International Business Machines“ (IBM) am Ernst-Reuter-Platz ein neunstöckiges Büro-Hochhaus in Berlin bauen werde.

Vergleich mit Mikojan-Besuch

Präsident Eisenhower und Vizepräsident Nixon übersandten dem „Research Institute“ anlässlich des Brandt-Empfanges Telegramme, in denen die Wirtschaftsführer indirekt zur Unterstützung Berlins aufgefordert werden. Nixon spielte auf den Besuch des sowjetischen stellvertretenden Ministerpräsidenten Mikojan und dessen Versuche an, „die amerikanischen Wirtschaftsführer davon zu überzeugen, daß der Kommunismus ein praktisches, erfolgreiches und wünschenswertes System“ sei. „Es war daher für das Research Institute und seine 30 000 Mitglieder nicht nur angebracht, sondern außerordentlich wichtig, zu beweisen, daß es eine andere Seite der amerikanischen Gastfreundschaft gibt und daß ein Unterschied besteht zwischen der Neugierde gegenüber einem sowjetischen Besucher und der Solidarität mit dem Führer einer Stadt, die fest steht, gleichgültig, wie die Wogen der sie umgebenden roten See gegen sie anbranden mögen...“

Freunde, nicht diese Töne

K. W. B. Wir Deutschen leben in den gefährlichsten Wochen seit Kriegsende. Der weltpolitische Kampf um das deutsche Schicksal wird mit der bedrohlichen Alternative vom letzten Risiko unmißverständlich bezeichnet. Es sollte in diesen entscheidungsschweren Zeiten unsere lebenswichtigste Aufgabe sein, der Welt ein geschlossenes Bild von uns anzubieten. Die Bemühung um diese politische Geschlossenheit kann man wohl den Beratungen anmerken, die über alle innerpolitischen Auseinandersetzungen hinweg zwischen den Spitzengremien der Parteien vor sich gehen. Auf dem Markte der Öffentlichkeit aber geschieht mit Lautstärke vielerlei, was uns von einem Erstaunen ins andere jagt. Denn nicht die Auseinandersetzung selbst, nicht die Meinungsverschiedenheit im sachlichen Bereich scheint uns das grobe Gezänk zu diktieren, sondern der Ton, durch den Meinungen zu gefährlichen Klüften verzerrt werden. Denken wir weniger daran, wer angefangen hat, den politisch Andersdenkenden als den Helfershelfer einer gefährlichen Politik zu beschuldigen, sondern sehen wir lieber mit offenen Augen hin, was der anrichtet, der jetzt unseren Verleumdern aus dem Osten die Stichworte für ihren tödlichen Angriff auf unsere Berliner und deutsche Freiheit liefert.

Dies eben geschieht, wenn ein geachteter und im Ausland überall bekannter Mann die neue deutsche Wehrorganisation als eine „Hohe Schule der Berufsverbrecher“ bezeichnet; dies geschieht, wenn der Vorsitzende der großen deutschen Oppositionspartei den deutschen Verteidigungsminister als einen „Feind der Demokratie“ bezeichnet; dies geschieht, wenn der Verteidigungsminister seinerseits die Oppositionspartei verdächtigt, im gemeinsamen Kampf möglicherweise die Sache der Gegner zu betreiben. All dies brauchte nicht solche verheerenden Wirkungen auf die uns zuhörenden Freunde und

die uns aushorchenden Gegner zu haben, wenn die Auseinandersetzung sich des Ernstes bewußt wäre, in der sich Deutschland — wohlbermerkt das ganze Deutschland — befindet. Man könnte Entschuldigungen für die Sprecher und die Anlässe finden, wenn wir imstande wären, unser sosehr beranntes Haus mit eigener Kraft zu schützen. Aber die Polemiker in diesem Hause brauchen nichts dringlicher als die entschlossene Hilfe der größeren und mächtigeren Freunde.

Mag sein, daß die Good-Will-Reise des Berliner Regierenden Bürgermeisters durch die Vereinigten Staaten, die so offensichtlich von Brandt als eine Demonstrationsreise für eine geschlossene Politik der Festigkeit in Sachen Berlin und Deutschland betrieben worden ist, den deutschen Verteidigungsminister gereizt hat, seinen Ärger mit der sich so ganz anders gerierenden Verteidigungsopposition der Partei Brandts loszuwerden — er war schlecht beraten, wenn er — noch während dieser Reise sie in ein politisches Zwielt hätte bringen wollen. Doch hatte er es wirklich, wenn er einer bis jetzt nicht voll geklärten Information zufolge sagte: „Eine wie schwere Rolle muß ein Mann wie der Regierende Bürgermeister von Berlin spielen: Hart, hart, hart gegenüber dem Osten, im Westen sagen: Stetigkeit, Verteidigung, Ausdauer, Widerstand — und dann schickt er ein Telegramm an den Anti-Atomwaffenkongreß in Frankfurt, wo schlechte Geschäfte besorgt werden...“? Vielleicht braucht man auch noch die andere Stelle in der Straußschen Aschermittwoch-Rede, um den Strom des polemischen Temperaments richtiger zu erkennen: „Wenn heute mit unseren besten Wünschen, mit unserem herzlichsten Gefühl der Regierende Bürgermeister von Berlin nach Kanada und den USA fährt, um unseren mächtigsten Freund am Schicksal Berlins, am Schicksal Deutschlands und Europas zu interessieren — warum findet er offene Türen? Wohl werden gegen die Politik seiner eigenen Partei die Voraussetzungen in der breiten Öffentlichkeit dieser Völker geschaffen haben, daß sie sich heute zu uns be-

kennen. Man kann nicht in Amerika für die Verteidigung reden und in Deutschland gegen die Landesverteidigung arbeiten.“

Die Vorwürfe, die Strauß hier aus in der Substanz richtigen Kenntnissen an die Adresse der Oppositionspartei — nicht aber an Brandt — richtet, sind massiv. Sie müssen, weil sie übertreiben und polemisch pointieren, die Angegriffenen unnötig verärgern. Es ist das unglückliche Ungestüm des kraftgeladenen Mannes aus Bayern, sich ebenso aggressiv mit dem Wort wie mit der politischen Arbeit für die Sache einzusetzen. Aber es ist auch das gefährliche Dynamit, das in seinem Amte lagert, was jede Äußerung und jede Handlung von dorthin unwillkürlich mit Mißtrauen und Unwillen bedeckt. Der Verteidigungsminister hat es in einem Volke, das im Grundsatz der Waffen überdrüssig ist, nicht leicht. Und einer, der gezwungen ist, nicht nur mit den herkömmlichen Waffen umzugehen, sondern für eine moderne Bewaffnung zu sorgen und zu werben, die jedermann schon in der Vorstellung ein Greuel ist, kämpft in diesem Volke auf einem besonders schwierigen Posten.

Man muß dies bedenken, wenn man begreifen will, wie ein Vorwurf uns alle treffen muß, der diesen Mann als „Feind der Demokratie“, als „Gefahr für die Demokratie“ und Schlimmeres disqualifizieren will. Strauß provoziert, weil er zuviel und im Zorn redet — was der Verwalter des Verteidigungs-Instrumentes überhaupt nicht sollte. Die ihn aber zum „Feind der Demokratie“ stempeln, tun der Demokratie Gewalt an. Beide, die Zornigen und die Beleidigten, schwächen die Front der gemeinsamen Überlegungen und des gemeinsamen Vorgehens. Der Gegner, der uns berennt, kennt keine Nuance. Wir stehen, wenn auch mit verschiedenen Gradunterschieden, in einer Front der Freundschaft für die Freiheit Deutschlands. Lassen wir die Töne, mit denen wir uns weltanschaulich grimmig bekämpfen. Zu kämpfen haben wir zur Zeit nur für eines: für die Freiheit,

Sowjetunion droht Persien

Verhandlung über Nichtangriffspakt gescheitert — „Schwerwiegende Folgen“

Moskau (dpa/ap). Die Sowjetunion hat Persien einer „doppelzüngigen, unaufrichtigen Politik“ beschuldigt, es für den Zusammenbruch der Verhandlungen über einen sowjetisch-persischen Nichtangriffs- und Freundschaftspakt verantwortlich gemacht und „schwerwiegende Folgen“ angedroht. Moskau unterrichtete die Weltöffentlichkeit über diesen scharfen Angriff durch eine ungewöhnliche, nur in sehr wichtigen Fällen angewandte Methode: die ausländischen Pressevertreter in der sowjetischen Hauptstadt wurden ins Außenministerium gebeten. Dort händigte man ihnen die Erklärung aus, die am Vortage der persischen Regierung überreicht worden war.

Die Verhandlungen einer sowjetischen Regierungsdelegation unter Führung des stellvertretenden Außenministers Semjonow begannen am 29. Januar in Teheran. Sie wurden ergebnislos abgebrochen. Als Hauptgrund für den Zusammenbruch der Gespräche nannte die sowjetische Erklärung die Entschlossenheit der persischen Regierung, ein zweiseitiges Militärabkommen mit den USA zu schließen. Damit habe Persien bewiesen, daß es gewillt sei, sich als Sprungbrett für eine ausländische Aggression gegen die Sowjetunion benutzen zu lassen.

In der Erklärung heißt es weiter, die Sowjetunion habe nicht einmal gefordert, daß sich Persien aus dem Bagdadpakt zurückziehe, da Teheran versichert habe, daß sich dieser Pakt nicht gegen die Sowjetunion richte. Moskau sei aber gegen einen zweiseitigen Vertrag zwischen Washington und Teheran und ebenso gegen die Errichtung ausländischer Militärlagerpunkte auf persischem Gebiet. Im übrigen sei die Sowjetregierung jetzt im Besitz von Beweisen dafür, daß sich der Schah von Persien „nur wenige Tage nach der Ankunft der Sowjetabordnung in Teheran einem fremden Staat gegenüber verpflichtet, vom Abschluß einer Übereinkunft mit der Sowjetunion abzusehen“.

Zu hoher Preis

Nach dem sowjetisch-persischen Vertrag vom Jahre 1921, der in den jetzt gescheiterten Verhandlungen revidiert werden sollte, sind sowjetische Truppen berechtigt, in Persien einzurücken, wenn die Sowjetregierung ihre Grenze mit Per-

sien als bedroht ansieht. Persien verlangte die Streichung dieser Klausel. Als Preis forderte Moskau die Umwandlung des alten Vertrages in einen Freundschafts- und Nichtangriffspakt, den Verzicht Teherans auf das geplante neue Abkommen mit den USA und einen Wirtschaftsvertrag zwischen Persien und der Sowjetunion, der Persien offenbar in wachsende Abhängigkeit von der Sowjetunion gebracht hätte. Unter diesen Umständen sollen Präsident Eisenhower ebenso wie der britische Premierminister Macmillan und die Präsidenten der Türkei und Pakistans dem Schah von Persien ihrer Unterstützung bei einer festen Haltung gegenüber einem diplomatischen Druck des Kremls versichert haben.

Zusage der USA

In diplomatischen Kreisen Washingtons sagte man einen baldigen erfolgreichen Abschluß der persisch-amerikanischen Verhandlungen über ein Sicherheitsabkommen voraus. Verhandlungen über ähnliche Abmachungen Washingtons mit der Türkei und Pakistan stehen ebenfalls vor dem Abschluß. Mit Hilfe dieser Vereinbarungen soll der Bagdad-Pakt, dem im vergangenen Jahr durch den Putsch und die darauf folgende Machtübernahme durch eine den Sowjets freundlicher gesinnte Regierung in Irak ein empfindlicher Schlag versetzt worden war, wieder gekräftigt werden. Die Vereinigten Staaten gehören dem Bagdad-Pakt nicht an.

Schah war tiefbesorgt

Die Eisenhower-Botschaft soll am vergangenen Freitag nach

Teheran gesandt worden sein, als die sowjetisch-persischen Verhandlungen offenbar ein kritisches Stadium erreicht hatten. Der Schah war dem Vernehmen nach im Hinblick auf die geographische Lage Persiens über die Entwicklungen tiefbesorgt.

Neuer Mansfield-Plan

Washington (ap/dpa). Das Außenministerium teilte mit, daß die amerikanische Regierung den Deutschland-Plan Senator Mansfields eingehend prüfen werde. Der Mansfield-Plan sieht als erste Etappe Verhandlungen zwischen Ost- und Westberliner Beamten über eine gemeinsame Verwaltung der Stadt und seiner öffentlichen Dienste vor, wobei der UNO-Generalsekretär eine Vermittlerrolle spielen könnte. Bei erfolgreichen Verhandlungen sollten die sowjetischen und die westlichen Truppen in Berlin durch eine UNO-Polizeitruppe ersetzt werden. Als dritte Etappe regt Mansfield innerdeutsche Verhandlungen über die gesamten Aspekte der Wiedervereinigung einschließlich der „Harmonisierung der politischen, wirtschaftlichen und militärischen Systeme beider Zonen“ an.

Gegen UNO-Truppen

Kurz vor seiner Abreise aus New York wandte sich Berlins Regierender Bürgermeister Brandt gegen den Vorschlag Mansfields, UNO-Truppen in Berlin zu stationieren. Selbstverständlich würde er jede zusätzliche Versicherung oder Garantie von Seiten der Vereinten Nationen begrüßen, erklärte Brandt, aber er sei dagegen, daß die amerikanischen Streitkräfte abgelöst und die Rechte und Verpflichtungen der amerikanischen Regierung hinsichtlich Berlins von den Vereinten Nationen übernommen werden. „Die Sowjets würden doch bleiben“, erklärte Brandt.

Präsidentenwahl in Berlin

Gerstenmaier: „Reichstagsgebäude kein Gewächshaus“

Berlin (Eigenbericht). Bundestagspräsident Gerstenmaier hat in Berlin bestätigt, daß die Bundesversammlung am 1. Juli in Berlin zusammentreten wird, um den neuen Bundespräsidenten zu wählen. Er habe, erklärte Gerstenmaier, in seiner Eigenschaft als der nach dem Grundgesetz zuständige Präsident der Bundesversammlung „nicht im geringsten die Absicht“, seinen bereits bekanntgegebenen Entschluß zu ändern. Östliche Behauptungen, die Einberufung der Bundesversammlung oder die gegenwärtige Landtagspräsidentenkonferenz stellten ebenso wie die letzte Bundestagssitzung in Berlin eine „Provokation gegenüber dem Osten“ dar, seien völlig abwegig.

Gerstenmaier wies vor der Presse darauf hin, daß die Einberufung der Bundesversammlung nach Berlin schon lange vor Chruschtschows „unverschämter Berlin-Attacke“ geplant ge-

werde der „Sitz des Bundestages beziehungsweise der Sitz eines gesamtdeutschen Parlaments“ sein. Es sei nur noch ein entsprechender formaler Beschluß des Bundestages erforderlich. Zu architektonischen Fragen teilte Gerstenmaier mit, daß nach Ansicht der maßgebenden Architekten die Ecktürme stehenbleiben sollten.

Im weiteren Verlauf der Pressekonferenz wurde Gerstenmaier — mit Hinweis auf die Berliner Parliamentsituation ohne Opposition — gefragt, ob er sich auch einen Bundestag ohne Opposition vorstellen könne. Gerstenmaier antwortete, er halte eine derartige Situation bei Länderregierungen keinesfalls für einen „Krebschaden der Demokratie“, und auch bei einem Vergleich mit Bonn könne er nicht grundsätzlich von einer „Unmöglichkeit“ sprechen.

Vierter Spionagefall in Holstein

Ein Lübecker seit dem 3. Dezember verhaftet

Kiel (dpa). Die Reihe der Spionage-Affären, die seit fünf Monaten in Schleswig-Holstein bekannt werden, ist mit einem „Fall Schenke“ fortgesetzt worden. Wenige Stunden, nachdem der Generalbundesanwalt in Karlsruhe die Verhaftung des Kieler Journalisten Wilhelmy wegen Spionageverdachts bestätigt hatte, erklärte ein Sprecher des Kieler Generalstaatsanwalts auf Anfrage, daß seit dem 3. Dezember der Lübecker Walther Schenke unter dem Verdacht, landesverräterische Beziehungen zu einem Sowjetzonen-Nachrichtendienst unterhalten zu haben, in Untersuchungshaft ist.

Die richterlichen Ermittlungen gegen Schenke haben nach Angaben des Sprechers bereits begonnen. Sie seien jedoch noch nicht abgeschlossen. Schenke bezeichnet sich als Journalist. Er soll in Lübeck einen Korrespondenzdienst „Flottendienst Ost“ herausgegeben haben. Zu diesem Spionagiering gehören noch drei Personen, von denen eine ebenfalls in Haft ist. Nähere Angaben wurden von dem Sprecher verweigert. Für das Verfahren sei „erhöhter Geheimschutz“ angeordnet worden. Nach den jetzigen Informationen hängen die vier Spionagefälle in Schleswig-Holstein nicht miteinander zusammen.

Rekord der Fernseher

Frankfurt (Eigenbericht). Im Januar hat es eine kleine Sensation auf dem Fernsehmarkt gegeben: bei der Deutschen Bundespost wurden nicht weniger als 163 000 neue Geräte angemeldet, womit ein neuer Anmelderekord erzielt werden konnte. Der Gesamtbestand an zugelassenen Fernsehgeräten hat sich damit auf 2,292 Millionen Apparate erhöht.

wesen sei. Er könne, fügte der Bundestagspräsident hinzu, natürlich nicht voraussehen, ob die Bundesversammlung am 1. Juli nach Berlin kommen könne. Bei seinem Beschluß aber werde es bleiben.

Zum Wiederaufbau des Reichstages äußerte sich Gerstenmaier, der kurz zuvor das Gebäude besichtigt hatte, anerkennend über die bisherigen Aufbaubarbeiten. Als er von einem Pressevertreter über den Zweck dieses Gebäudes befragt wurde, erwiderte er: „Glauben Sie, wir machen ein Gewächshaus daraus?“ Der Reichstag

Riesige Erzlager bei Nienburg

Qualität wie bei dem schwedischen Vorkommen

Hannover (ap). Bei der Suche nach Erdöl ist nordwestlich von Hannover bei Nienburg eine große Lagerstätte besten Erzes gefunden worden, das mit einem Feineisengehalt von 42 bis 48 Prozent die Qualität von Schwedenerz erreicht. Wie das niedersächsische Wirtschaftsministerium in Hannover mitteilt, gibt das niedersächsische Amt für Bodenforschung die Mächtigkeit des neuen Feldes in 800 bis 1200 Meter Tiefe mit etwa 400 Millionen Tonnen an.

Um dieses Feld erschließen zu können, hat das Wirtschaftsministerium bereits angeordnet, bei künftigen Straßen- und sonstigen Bauten auf das Erzvorkommen Rücksicht zu nehmen. So wurden unter anderem die Arbeiten an einer schon trassierten Umgehungsstraße zur Bundesstraße 6, die das Erzfeld berührt, eingestellt.

Herausgeber: Deutschland-Verlag GmbH., Berlin-Tempelhof 1, Manfred-von-Richtshofen-Str. 2.

Adenauer hofft auf Vierertreffen

„Auch Moskau hat Sorgen“ — Vier Punkte zur Frage der Ostgrenze

W. Bonn. (Eigenbericht). — Bundeskanzler Dr. Adenauer hat die Erwartung geäußert, daß es Anfang Mai zu der vom Westen vorgeschlagenen Viermächtekonferenz über die Deutschland-Frage kommen werde. In einer großen außenpolitischen Rede vor der CDU/CSU-Bundestagsfraktion appellierte er an das deutsche Volk, in den kommenden schweren Monaten nicht nervös zu werden. Bei der nötigen Festigkeit im Westen seien erfolgreiche Verhandlungen möglich, denn auch die Sowjetunion habe Sorgen. Der Schlüssel liege in einer allgemeinen kontrollierten Abrüstung.

Erneut wandte sich Adenauer entschieden gegen alle Pläne, die ein militärisches Auseinanderücken in Mitteleuropa vorsehen. Ein Ausschneiden der Bundesrepublik aus dem Atlantikpakt, erklärte er, würde katastrophale Folgen haben. Heute oder morgen würden dann die Amerikaner in ihre Heimat zu rückkehren, die Sicherheit Europas sei aber davon abhängig, daß amerikanische Truppen auf dem Kontinent bleiben.

Schroff wandte sich der Kanzler gegen den Bericht der amerikanischen Wochenzeitung „Newsweek“, daß er mit Außenminister Dulles die Anerkennung der Oder-Neiße-Linie verabredet habe. Er sagte dazu, er sei mit Dulles darüber einig, daß bei einer kommenden Deutschland - Konferenz auch über die deutsche Ostgrenze gesprochen werden müsse. Die Haltung der Bundesregierung sei aber unverändert und lasse sich wie folgt zusammenfassen:

1. Die Grenze kann nur im Friedensvertrag festgelegt werden.

2. Die Bundesregierung verzichtet auf jede Gewaltanwendung.

3. Sie besteht auf dem Heimatrecht der Vertriebenen.

4. Sie hat die Hoffnung, daß sich bei einer allgemeinen Entspannung auch die Gegensätze zwischen Deutschland und Polen mildern.

Zu den westlichen Vorschlägen, die auf einer kommenden

Konferenz unterbreitet werden sollen, sagte Adenauer: „Das deutsche Volk kann nicht erwarten, daß die Bundesregierung vor der Konferenz alles sagt. Denn die Sowjetunion schweigt und kassiert alles, was

jetzt von uns gesagt, ohne es als Zugeständnis anzuerkennen.“ Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion verzichtete daraufhin auf eine Diskussion und beschloß einmütig, sich in der nächsten Zeit auch nicht für eine außenpolitische Debatte des Bundestags einzusetzen. Die SPD stellte ihren Wunsch nach einer Debatte im Bundestag gleichfalls vorläufig zurück.

Mit dem Hinweis Adenauers, daß eine vorzeitige Veröffentlichung der westlichen Vorschläge ein taktischer Fehler wäre, scheint sich die SPD-Fraktion aber nicht zufrieden geben zu wollen.

„Notwort“ der EKU-Synode

Appell an das deutsche Volk und die Großmächte

DT. Berlin (Eigenbericht). Die Synode der Evangelischen Kirche der Union hat sich mit einem Appell an das deutsche Volk und die Großmächte gewandt. In einem „Notwort“ wird noch einmal nachdrücklich daran erinnert, daß die gegenwärtige politische Situation „die bittere Frucht aus der „Wurzel“ deutscher Schuld sei. Die Synodalen fordern das deutsche Volk auf, einem Wiederaufkommen des Nationalismus zu widerstehen und einen Beitrag zur Versöhnung der Völker zu leisten. Ohne eine „aktive Umkehr“ werde es keinen Frieden und auch keine Wiedervereinigung geben.

In dem Wort der Synode wird das deutsche Volk unter anderem zum Verzicht auf jede atomare Bewaffnung aufgerufen. Ferner soll es sich mit einer kontrollierten Begrenzung seines militärischen Potentials einverstanden erklären und „der Versuchung widerstehen, unter Ausnutzung von Machtbündnissen eine Gewaltpolitik treiben zu wollen“. Jede deutsche Regierung „sollte auch die Verpflichtung anerkennen, in ihrem

Bereich das Nebeneinander verschiedener Weltanschauungen in Freiheit und gegenseitiger Duldung zu ermöglichen“.

An die vier Besatzungsmächte wurde von der Synode die Bitte gerichtet, beide Teile Deutschlands nicht länger als „Vorfeld ihrer militärischen und weltanschaulichen Machtpolitik“ zu behandeln. Die Mächte werden ferner gebeten, dem deutschen Volk bei der Wiedervereinigung zu helfen und ihm das Selbstbestimmungsrecht nicht vorzuenthalten. Als Voraussetzung für einen Friedensvertrag nennt die Synode „die Wiederherstellung der uneingeschränkten und rechtlich gesicherten Kommunikation aller deutschen Menschen. Der staatspolitischen Wiedervereinigung muß die menschliche Wiedervereinigung vorangehen“, heißt es in dem Wort der Synode, das mit 83 gegen 5 Stimmen bei acht Enthaltungen gebilligt wurde. Der Evangelischen Kirche der Union gehören an die Gliedkirchen Berlin-Brandenburg, Provinz Sachsen, Pommern, Schlesien, Rheinland und Westfalen.

Die Vorschläge des Westens

Treffen der vier Außenminister mit deutschen Beratern aus Ost und West

Bonn (ap/dpa). Die Regierungen der drei westlichen Großmächte und der Bundesrepublik haben in Moskau ihre Antwortnoten auf die letzten sowjetischen Vorschläge zur Deutschland-Frage überreicht. Übereinstimmend lehnen die vier Regierungen die Einberufung einer 28-Mächte-Konferenz zum Abschluß eines deutschen Friedensvertrages ab und schlagen statt dessen die Einberufung einer Konferenz der Außenminister der vier Großmächte über „alle Aspekte“ der Deutschland-Frage vor. Ort und Zeitpunkt einer derartigen Konferenz werden offen gelassen. In den Noten der drei Westmächte wird darüber hinaus angeregt, zu dem Treffen „deutsche Berater“ hinzuzuziehen. Die Westmächte bestehen außerdem noch einmal nachdrücklich auf ihrem Recht, Truppen in Westberlin zu stationieren und die Verbindungswege dorthin offenzuhalten.

Informierte Kreise in Washington sehen Wien oder Genf als geeigneten Konferenzort an und hoffen, daß die Minister in der zweiten Hälfte des April oder in der ersten Hälfte des Mai zusammenzutreten werden. Warschau oder Prag, die in der sowjetischen Note vom 10. Januar als Konferenzort vorgeschlagen wurden, lehnen die Westmächte ab.

Die vier Noten stimmen inhaltlich überein, sie sind aber verschieden im Ton und in einigen Einzelheiten. In den Noten der USA und Großbritanniens, die fast wörtlich übereinstimmen, wird die Teilung Deutschlands als „eine Gefahr für die europäische Sicherheit und für den Weltfrieden“ bezeichnet und an die Sowjets appelliert, in ernsthafte Verhandlungen einzutreten. Die sowjetische Absicht, „auf einige ihrer international vereinbarten Verantwortlichkeiten und Rechte in bezug auf Berlin einseitig zu verzichten“, könnte zu dem Versuch führen, „sich die Kontrolle über die Rechte der Westmächte anzumaßen, in Berlin zu sein und freien Zugang dorthin zu haben“.

Frankreich am schärfsten

Die französische Note ist schärfer als die anderen. Während die Bundesregierung auf die sowjetischen Vorschläge vom 10. Januar überhaupt nicht eingeht und London und Washington summarisch erklären, sie könnten den Vorschlägen in der sowjetischen Note nicht zustimmen, heißt es in der französischen Note eindeutig: „Es kann überhaupt keine Konferenz ins Auge gefaßt werden,

wenn eine der beteiligten Parteien darauf besteht, daß gewisse Vorschläge — in diesem Falle ihre eigenen — die einzige Verhandlungsbasis sein sollten.“ Die Diskussion über den sowjetischen Friedensver-

Washington statt Paris?

London (ap). Diplomatische Kreise in London deuteten an, daß die für Mitte März in Paris geplante Konferenz der Westmächte über die Deutschland-Frage für den Fall nach Washington verlegt werden könnte, daß es US-Außenminister Dulles möglich sei, dort an der Konferenz teilzunehmen. Auch der amerikanische Senator Mansfield unterbreitete am Montag in einer Rede vor dem Senat diesen Vorschlag. Er erklärte, die amerikanischen Konferenzteilnehmer benötigten dringend der Führung, die der erkrankte Außenminister unter Umständen geben könne.

tragsentwurf wird mit der Begründung zurückgewiesen, die französische Regierung würde „damit bereits vor der Konferenz anerkennen, daß die Wiedervereinigung Deutschlands nicht der Verantwortung der vier Großmächte obliegt, ein Standpunkt, ... der zu allen bestehenden Verpflichtungen in Widerspruch steht“.

Eine einseitige Aufkündigung des Viermächte-Status von Berlin wird in der französischen Note abgelehnt. „Um die Krise

zu lösen, die die sowjetische Regierung selber durch ihre Note vom 27. November hervorgerufen hat“, fordert die französische Regierung, „nicht nur das künstlich geschaffene Berlin-Problem, sondern die echten Probleme, die im Zusammenhang mit Deutschland vorhanden sind“, eingehend zu diskutieren.

Bonn gegen „einseitige Maßnahmen“

In der Note der Bundesrepublik wird die Form einer deutschen Beteiligung an der vorgeschlagenen Außenministerkonferenz offengelassen. Die Außenminister sollen darüber entscheiden. Zu der Berlin-Frage nimmt die Bundesregierung nur indirekt mit der Bemerkung Stellung: „Eine Politik der Gewalt und der einseitigen Maßnahmen würde sehr ernste Gefahren heraufbeschwören.“

Im übrigen betont die Bundesregierung, daß sie „mit allen Kräften an der Schaffung eines gerechten und dauerhaften Friedens mitwirken“ wolle. Ein dauerhafter Frieden müsse jedoch auf der Achtung völkerrechtlicher Verpflichtungen beruhen und die Interessen der betroffenen Völker einschließlich des deutschen Volkes berücksichtigen.

Vor dem Vorstand der CDU/CSU-Bundestagsfraktion sagte Bundeskanzler Adenauer zu den Noten, er rechne mit langwierigen Deutschland-Verhandlungen, wenn die vier Außenminister ihre Beratungen aufnehmen. Gleichzeitig warnte er vor einem übertriebenen Plänemachen des Westens und sprach sich gegen die Bekanntgabe von Einzelheiten des westlichen Verhandlungsprogramms aus.

Der stellvertretende SPD-Vorsitzende Wehner stellte zu der Bonner Note fest, sie könne nützlich sein, damit endlich der jahrelange Notenwechsel beendet werde und man zur konkreten Einleitung von Verhandlungen übergehe. Es komme jetzt darauf an, die westliche Verhandlungsbasis zu erarbeiten,

Bonn für umfassende Gespräche

Wortlaut der deutschen Note an Moskau

Bonn (dpa). Die Note der Bundesregierung an die Sowjetregierung hat folgenden Wortlaut:

„Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland hat die Note der Regierung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken vom 10. Februar 1959 sorgfältig geprüft.

Nach Ansicht der Bundesregierung ist es im Interesse des friedlichen Zusammenlebens der Völker unerlässlich, möglichst bald auf dem Verhandlungswege eine gerechte Regelung der Deutschlandfrage zu finden und damit endlich eine Grundlage für einen dauerhaften Frieden zu legen. Die Bundesregierung ist der Überzeugung, daß ein solcher Friede nur dann gewährleistet ist, wenn er auf der Achtung völkerrechtlicher Verpflichtungen beruht und die nationalen Interessen der betroffenen Völker einschließlich des deutschen Volkes berücksichtigt. Eine Politik der Gewalt und der einseitigen Maßnahmen würde sehr ernste Gefahren heraufbeschwören. Entsprechend dem aufrichtigen Wunsch des deutschen Volkes nach Frieden und Freiheit hat die Bundesregierung von Anbeginn an jegliche völkerrechtswidrige Form von Gewaltanwendung und eigenmächtigen Vorgehens abgelehnt; sie bekräftigt dieses Prinzip aufs

neue und ist bereit, mit allen Kräften an der Schaffung eines gerechten und dauerhaften Friedens mitzuwirken.

Da eine Friedensregelung indessen eine Reihe von schwerwiegenden Problemen aufwirft, ist die Bundesregierung der Ansicht, daß es unerlässlich ist, einen umfassenden Gedankenaustausch zwischen den vier für die Lösung der Deutschlandfrage verantwortlichen Mächten über alle damit in Zusammenhang stehenden Probleme herbeizuführen. In diesem Zusammenhang nimmt die Bundesregierung auf ihre Noten vom 17. November 1958 und 5. Januar 1959 Bezug. Die Bundesregierung ist daher der Ansicht, daß eine Viermächtekonferenz auf Außenministerebene mit dem Ziel eines solchen Meinungsaustausches einberufen werden sollte. Eine derartige Konferenz hätte sich mit allen Aspekten und Zusammenhängen des Deutschlandproblems zu beschäftigen, wie sie in den jüngsten Notenwechsell zwischen der Bundesrepublik Deutschland, Frankreich, dem Vereinigten Königreich und den Vereinigten Staaten von Amerika einerseits und der Regierung der Sowjetunion andererseits aufgetaucht sind. Ferner sollten die vier Außenminister über die Form einer deutschen Beteiligung entscheiden.“

Berater zur Verfügung stehe und nicht an einen Rücktritt denke.

Demokraten sichern volle Mitarbeit zu

Der Führer der demokratischen Senatsfraktion, Johnson, sicherte der amerikanischen Regierung inzwischen zu, daß die Demokraten alles tun würden, um die Außenpolitik Washingtons auch während der Erkrankung des Außenministers intakt zu halten. Johnson gab die Erklärung nach einer Unterredung mit dem demokratischen Vorsitzenden des außenpolitischen Senatsausschusses, Fulbright, ab.

Persien: Moskau wollte verhandeln

Teheran (dpa/ap). Der persische Außenminister hat die sowjetische Behauptung zurückgewiesen, daß die kürzlich ergebnislos abgebrochenen sowjetisch-persischen Verhandlungen in Teheran auf Wunsch Persiens geführt worden seien. In einer am Wochenende veröffentlichten Erklärung wird betont, daß Moskau die Gespräche angeregt, jedoch aus „propagandistischen Gründen“ habe scheitern lassen.

Sowjets verhaften Türken

Moskau (ap/dpa). Der sowjetische Staatssicherheitsdienst hat die Verhaftung von vier Türken im türkisch-sowjetischen Grenzgebiet bekanntgegeben und die USA beschuldigt, die Verhafteten als „Spione“ ausgebildet zu haben.

Gleichzeitig veröffentlichte das eine scharfe Erklärung gegen die Veröffentlichung des Tonbandes, mit dem nach Ansicht der USA-Regierung der Abschluß eines seit dem 2. September vorigen Jahres vermißten amerikanischen Transportflugzeuges an der armenischen Grenze durch sowjetische Jäger bewiesen wird.

Hierzu sagte ein Sprecher des State Departments, die USA warteten seit der Veröffentlichung des Tonbandes noch immer auf eine offizielle Erklärung der Sowjetregierung über den Luftzwischenfall, insbesondere über das Schicksal der elf vermißten Besatzungsmitglieder der abgeschossenen Transportmaschine.

Dulles' Befinden zufriedenstellend

Nixon: US-Außenpolitik wird nicht geändert

Washington (ap). Der Zustand des amerikanischen Außenministers Dulles, der an einem Leistenbruch operiert worden war, wurde in einem ärztlichen Bulletin als zufriedenstellend bezeichnet. Dulles verließ am Montag zum ersten Male das Bett und verbrachte eine halbe Stunde in einem Lehnstuhl. Das Bulletin kündigte den Beginn der gegen die Krebserkrankung des Ministers verordneten Strahlentherapie für das Ende der Woche an. Zur Behandlung ist der Krebspezialist Dr. Zubrod hinzuge-

zogen worden, der mutmaßlich versuchen soll, die ungefähre Ausdehnung des Krankheitsherdes festzustellen.

Vizepräsident Nixon versicherte, die Erkrankung des Außenministers werde keine Änderung der amerikanischen Außenpolitik bewirken, die auch weiterhin unter dem Leitsatz „fest im Grundsatz, beweglich in der Taktik“ stehen werde. Auch wenn Dulles sein Amt niederlegen müsse, werde an dieser Politik festgehalten. Nixon betonte, daß Dulles auch während seiner Krankheit als



BILDER DER WOCHE. Oben : Auf die Einigung über Zypern stoßen der griechische Ministerpräsident Karamanlis (links) und der türkische Regierungschef Menderes bei einem Bankett in Zürich an. — Unten : Unfreiwilligen Aufenthalt einlegen mußte der sowjetische Fischkutter „Jukon“ in der Hafenstadt Aalsund, nachdem ihn die norwegische Marine innerhalb der norwegischen Fischereigewässer aufgebracht hatte

